

CDU *inform*

MAGAZIN DER CDU IM RHEINISCH-BERGISCHEN KREIS

4 — **Bundestagswahl**
**Wandel durch
Anreize, nicht
durch Verbote**

Interview mit Kandidat
Dr. Hermann-Josef Tebroke

16 — **Kreistag**
Aus der Flutkatastrophe
lernen – Bevölkerungs-
schutz verbessern

22 — **75 Jahre NRW**
Kleiner Festakt mit
Innenminister Herbert Reul





Diese und alle alten Ausgaben finden Sie online auf www.cduinform.de

Impressum

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union (CDU)
Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
T 02202 936950 // F 02202 9369522
redaktion@cduinform.de
www.cdu-rhein-berg.de

Redaktion: Lennart Höring,
Uwe Pakendorf

Weitere Mitarbeit: Duygu Esgi (Overath),
Gabriele Gemein (Rösrath) Achim Müller
(Rösrath), Maurice Winter (Leichlingen)

Fotos: Uwe Barghaan (S. 19), CDU/
Laurence Chaperon (S. 11), CDU/Tobias
Koch (S. 10, 13), CDU/ Markus Schwarze
(S. 12), Burkhard Dohm (S. 20, 21), Manfred
Esser (S. 4, 6, 8, 9, 16, 17, 18, 19), Gabriele
Gemein (S. 22), Lennart Höring (S. 22, 23),
JU (S. 23), Privat (S. 14) Thorsten Schneider
(S. 14), Adobe Stock (S. 15), Getty Images
(Titel, S. 5, 7, 16), istockphoto (S. 11)

V.i.S.d.P.: Lennart Höring

Satz/Layout: element 79, Anke Meschede

Druck/Versand: Heider Print+Medien
GmbH, Köln

Anzeigen: Lennart Höring


Auflage: 6.000 Exemplare

Bezugspreis: ist im Mitgliedsbeitrag

enthalten (Einzelpreis 0,80 € inkl. MwSt.)

ISSN: 2193-3960 (Print)

Die CDU in sozialen Netzwerken:

 /cdurheinberg  /cdurheinberg



Inhalt

Kolumne

- 3 Koste es, was es wolle**
Uwe Pakendorf

Bundestagswahl 2021

- 4 Wandel durch Anreize,
nicht durch Verbote**
Interview mit unserem Bundes-
tagskandidaten Dr. Hermann-
Josef Tebroke
- 10 Wir werden kämpfen,
ich werde kämpfen!**
Kanzlerkandidat Armin Laschet
ist fest entschlossen, zu gewinnen!
- 11 Briefwahl**
Besser. Sicher. Jetzt.
- 12 Ein guter Plan**
Unser Wahlprogramm für ein
modernes Deutschland
- 14 Termine**

Landtagswahl 2022

- 15 Aufstellungsversammlungen
Landtag NRW**

Kreistag

- 16 Aus der Flutkatastrophe
lernen**
- 17 Vorhandene Warnsysteme
prüfen**

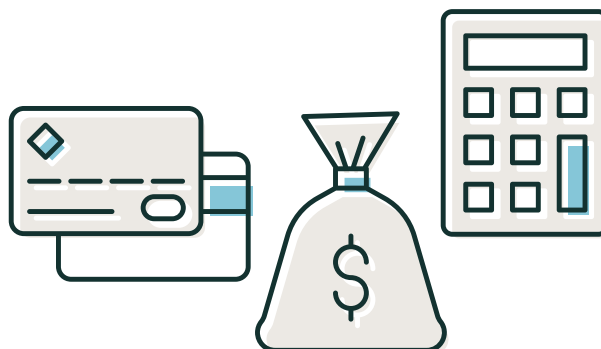
Landtag

- 19 345.000 Euro Fördermittel für
Wermelskirchen**

Union News

- 18 Hochwasserkatastrophe im
Kreis**
- 20 Großes Sommerfest**
Dr. Norbert Röttgen zu Gast auf
dem Hebborner Hof
- 22 75 Jahre NRW**
Kleiner Festakt mit Herbert Reul in
Leichlingen
- 22 Neuer Vorstand der
CDU Rösrath**
Dr. Schiffbauer folgt auf Wasser
- 23 Frischer Wind**
JU Overath neu gegründet
- 23 Schöll folgt auf Drümmer**
Rösrather Senioren-Union wählt
neuen Vorstand
- 23 Neuer Vorstand der
CDU Kürten**
Ramünke folgt auf Wurth

Koste es, was es wolle



Liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

wir haben Bundestagswahlkampf und wie gewohnt stehen CDU und CSU dafür in der Kritik, ihre zukünftigen politischen Forderungen unter einen Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Dabei war gerade die Rückführung der Staatsverschuldung einer der größten politischen Erfolge der vor-Corona-Ära. Die finanziellen Belastungen der staatlichen und kommunalen Haushalte sind aufgrund der notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise und Flut-Katastrophe auf einem neuen Höchststand – mit drastischen Folgen für die Staatsverschuldung. Noch lassen sich die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen dieser stabilisierend wirkenden Ausgabenpolitik abfedern, ohne verheerende Folgen für die Stabilität der Staatsfinanzen zu haben. Welche finanzpolitischen Vorstellungen haben jedoch unsere politischen Mitbewerber?

Besondere Aufmerksamkeit sollte man in diesem Zusammenhang dem vom CDU-Wirtschaftsrat beauftragten Gutachten „Fiskalische Einordnung der Programme zur Bundestagswahl 2021“ schenken. Die Analyse des parteiunabhängigen Berufsverbandes umfasst sowohl die steuerpolitischen Pläne der Parteien als auch die besonders kostenträchtigen Ausgabenbereiche der Sozial-, Klimaschutz-, Industrie- oder Familienpolitik. Auch die Einhaltung der Schuldenbremse wurde in dem Gutachten untersucht.

Dass die Grünen die Schuldenbremse aufweichen und die staatliche Kreditfinanzierung hochfahren wollen, ist bei den ausschweifenden Forderungen der Öko-Partei aufgrund der ideologisch geprägten Umbaupläne unserer Gesell-

schaft unter dem Vorwand des Klimaschutzes nicht weiter verwunderlich. Dass jedoch die grünen Pläne zum Umbau des Sozialstaates noch weitaus höhere Kosten verschlingen als die Ausgaben zum Klimaschutz, ist weitgehend unbekannt. Leistungsausweitungen bei der Rente und Pflege sowie der Grundsicherung sind nur die kostspieligsten Beispiele neuer sozialer Wohltaten. Es scheint, dass der demographische Wandel in grünen Parteikreisen vollends in Vergessenheit geraten ist. Fairerweise muss man allerdings anmerken, dass auch die SPD mit ihren Versprechungen in das gleiche Horn bläst und sich hier scheinbar zwei ideal ergänzende Partner gefunden haben.

Aber auch die industriepolitische Ausrichtung der beiden linken Wahlprogramme birgt weitere Risiken für den Staatshaushalt. Mit dem Argument des Klimaschutzes wird freimütig auf gewaltige Subventionen des Bundes, staatlich gelenkte wirtschaftliche Entwicklungspfade und hohe fiskalische Mehrbedarfe gesetzt – ganz als ob die Planwirtschaft wieder in Mode käme. Es kann nicht sein, dass neue Subventionsabhängigkeiten ganzer Industriezweige wie bei der Automobilindustrie geschaffen werden, nur um klimapolitischen Ideologien Vorschub zu leisten – wider jeglicher Vernunft, Technologieoffenheit und volkswirtschaftlicher Realisierbarkeit.

Zudem wird in den Wahlprogrammen von Grünen und SPD suggeriert, Klimaschutz, Digitalisierung und Demografie ließen sich ohne volkswirtschaftliche Anstrengungen unserer Gesellschaft bewältigen. Die Vorstellung, dass sich alle ent-

sprechenden Investitionen allein durch staatliche Förderungen volkswirtschaftlich rentieren werden, ist ein bitter-süßer Trugschluss, der den Steuerzahlern teuer zu stehen kommen wird. Das einzige ordnungspolitische Bollwerk gegen eine solche Politik, die diese suggerierte Wohlfühloase stört, ist die Schuldenbremse in ihrer heutigen Form. Und genau diese soll geschliffen werden – ganz nach dem Motto: koste es, was es wolle.

Die CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis hat allerdings ein eigenes Mittel gegen diese Politik der Umverteilung und des volkswirtschaftlichen Irrglaubens. Der Name dieses Mittels ist gleichzeitig auch der Name unseres Bundestagsabgeordneten: Dr. Hermann-Josef Tebroke. Nur wenige Politiker bringen derart fundiert die ordnungspolitische Überzeugung einer soliden Finanz- und Steuerpolitik auf den Punkt wie unser Kandidat für die Bundestagswahl. Wie sollte es anders sein, bei einem ehemaligen Universitätsprofessor der Finanzwirtschaft an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik und Universität Bayreuth. Lesen Sie dazu mehr im Interview mit Dr. Hermann-Josef Tebroke in dieser Bundestagswahl-Ausgabe der CDUinform.

Ihr

Uwe Pakendorf
Kreisvorsitzender der CDU
Rheinisch-Bergischer Kreis



Wandel durch Anreize, nicht durch Verbote!

Interview mit dem Bundestagskandidaten
Dr. Hermann-Josef Tebroke



Deutschland steht vor einem gewaltigen Wandel in verschiedensten wirtschaftlichen, klimapolitischen und gesellschaftlichen Bereichen. Gefühlt war nie mehr zu tun, als in der heutigen Zeit. Bereits in seiner Rede zur erneuten Kandidatur für den Deutschen Bundestag hat unser Bundestagsabgeordneter Dr. Hermann-Josef Tebroke den Fokus sehr stark auf entscheidende Zukunftsfragen für unser Land und die Menschen gelegt – Grund genug für unseren Kreisvorsitzenden Uwe Pakendorf im Gespräch genauer nachzufragen.

Flut-Katastrophe in diesem Jahr, davor die Jahre Sommer-Dürre und Borkenkäfer-Plage – gefühlt brennt gerade das halbe östliche Mittelmeer; was sagst Du jungen Menschen, wenn sie nach einer Perspektive für ihre Lebensspanne fragen?

Dass ihre Sorge berechtigt ist. Sie – und übrigens auch immer häufiger ihre Eltern und Großeltern – fordern zu Recht, dass wir in der Politik deutlicher erkennbar machen, was wir für den Schutz des Klimas und der Umwelt tun. Aber auch, wie wir uns für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und die Sicherung des Wohlstands für alle einsetzen. Die Antwort auf die Frage der jungen Menschen ist eine engagierte nachhaltige

Politik, die Ökologie, Ökonomie und Soziales klug miteinander verbindet.

Und in diesem Zusammenhang eben auch mehr Klimaschutz?

Ja, unbedingt. Es geht um ambitionierten Klimaschutz, aber mit Herz und Verstand. Hier und heute. Sofort und mit langfristiger Perspektive. Wir müssen etwas tun – uns besser auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten und die dramatisch fortschreitende Erderwärmung ausbremsen. Nicht einfach. Aber wir sind uns einig: Der Klimawandel ist real. Die Auswirkungen sind erheblich und gefährlich. Die Zeit drängt. Das unterstreichen aktuell auch

noch einmal die Ergebnisse des Weltklimarats. Der Klimawandel ist global, aber wir erleben ihn konkret auch vor Ort.

Auch der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in diesem Jahr durch die Flut hart getroffen. Bestürzt Dich das Leid der Menschen, die vielerorts immer noch nicht in ihre Häuser zurückkehren können?

Ja, das ist für die Betroffenen eine Katastrophe! Auf Starkregen und Hochwasser in dem Ausmaß waren wir nicht vorbereitet. Die Auswirkungen sind verheerend. Nicht nur im Ahrtal, sondern auch in einigen Kommunen unseres Kreises. Menschen haben ihr Leben, An-

„Wir müssen etwas tun – uns besser auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten und die dramatisch fortschreitende Erderwärmung ausbremsen. Nicht einfach. Aber wir sind uns einig: Der Klimawandel ist real.“

Dr. Hermann-Josef Tebroke

gehörige, Hab und Gut, Ihr Zuhause verloren. Tragisch!

Was können wir tun, um den Menschen vor Ort konkret zu helfen?

Nicht zu vergessen: Die erste Hilfe haben Menschen vor Ort geleistet. Die Feuerwehren und verschiedenen Hilfsdienste, Verwaltungsmitarbeiter, aber insbesondere auch Verwandte, Nachbarn und Fremde sind gekommen und haben ohne lange zu fragen mitgeholfen. Das ist gelebte Solidarität.

Aktuell erfolgen Schadensregulierungen über Versicherungen, Banken und Sparkassen stellen vergünstigt Kredite zur Verfügung. Viele Privatinitiativen sammeln Geld, Sachspenden oder organisieren Hilfe beim Aufräumen und Wiederaufbau.

Außerdem haben Bund und Land umgehend ein Soforthilfeprogramm für private Haushalte und Unternehmen aufgelegt. Die Mittel werden unbürokratisch und schnell über die Kommunen ausbezahlt. Aber das reicht natürlich nicht.

Und was ist dabei die Aufgabe des Bundes?

Der Bund muss helfen wenn die Schäden von den Menschen vor Ort, den Kommunen und auch dem Land nicht allein getragen werden können. Das betrifft insbesondere den Wiederaufbau von Infrastruktur. Die Schäden an Straßen, Brücken und Schienen, aber auch an Entwässerungs- und Versorgungseinrichtungen sowie öffentlichen Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungseinrichtungen sind erheblich. In der Summe sind die Schäden in der Region sogar deutlich höher als bei der letzten Flutkatastrophe 2013. Auf Initiative unseres Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten Armin Lašchet haben Bund und alle Länder einen gemeinsamen Fluthilfefonds in Höhe von 30 Mrd. € aufgelegt, der nach Bedarf aufgestockt werden soll. Gut die Hälfte trägt der Bund. Das ist meines Erachtens recht und billig. Die nötigen Beschlüsse haben wir jetzt im Bundestag gefasst.

Was sind aus Deiner Sicht die besten Konzepte und Maßnahmen, um gegen den Klimawandel vorzugehen?

Zum einen müssen wir uns besser auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten: Sicher ist in der aktuellen Hochwasser-Katastrophe nochmals deutlich geworden, wie wichtig natürliche Flussläufe, ausreichend Überschwemmungsgebiete, aber

auch gesunde Wälder sind. Und dass wir bei der Nutzung von Flächen für Verkehr, Bauen und Landwirtschaft mehr Rücksicht nehmen müssen.

Zum anderen müssen wir an die Ursachen für die Klimaerwärmung herangehen und die Emission klimaschädlicher Gase, insbesondere CO₂, deutlich reduzieren.

Und wie kann die notwendige Reduzierung von CO₂-Emissionen gelingen?

Am Besten gelingt Klimaschutz, der auf Anreize und Argumente, nicht Verbote und Auflagen abstellt – und marktwirtschaftliche Mechanismen nutzt. Das zeichnet unser Konzept der CDU aus. Schädliche CO₂-Emissionen – auch in den Bereichen Wärme und Verkehr – werden stärker bepreist und in den europäischen und internationalen Handel von Emissionszertifikaten, sogenannten Verschmutzungsrechten, einbezogen. Steigende Kosten erhöhen den Druck zu CO₂-Einsparungen und zur Entwicklung von klimafreundlichen Alternativen. Daneben werden energiesparende und emissionsarme Maßnahmen noch stärker gefördert. Außerdem wollen wir eine deutliche Senkung und Abschaffung von Stromsteuer und EEG-Umlage, was insbesondere auch einkommensschwächere Haushalte entlastet. Um schließlich mehr erneuerbare Energien verfügbar zu machen, forcieren wir den Bau von Photovoltaik- und

Windkraftanlagen, sowie von Überlandleitungen, intelligenten Verteilnetzen und Speichern.

Schaffen wir es, bei all diesen Projekten auch, unsere Wirtschaft am Laufen zu halten?

Die Dekarbonisierung bedeutet – in Verbindung mit der Digitalisierung – nicht mehr und nicht weniger als eine grundlegende Transformation der Wirtschaft. Sie hat in weiten Teilen bereits eingesetzt, darf jedoch nicht dazu führen, dass wir unser produzierendes Gewerbe – das Rückgrat unserer Volkswirtschaft – dabei verlieren. Deswegen brauchen wir klimafreundliche Energieträger zu konkurrenzfähigen Preisen und müssen alles daran setzen, unsere Produktivität mit Hilfe der Digitalisierung immer weiter zu steigern. Es wird aber auch neue Technologien geben, neue Branchen, Unternehmen und attraktive Arbeitsplätze. Entscheidend: Wir machen Klimaschutz nicht gegen, sondern mit und auch zum Vorteil von Wirtschaft, Unternehmen und Arbeits-

plätzen. Wir setzen auf Innovationskraft, Erfindungsgeist, unternehmerische Initiative und Risikobereitschaft. Der Beitrag des Staates muss darin bestehen, für verlässliche Rahmenbedingungen zu sorgen, von bürokratischem Aufwand und unnötigen Auflagen zu befreien und eine Vereinfachung des Steuersystems zu erreichen.

Und bei der Energiewende? Wie kann es dort gelingen, gleichzeitig den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien zu schaffen und auch die Energie-Mehrbedarfe von E-Autos und Wärmepumpen zu decken?

Das Ziel ist sehr (!) ambitioniert. Erst sind wir aus der Kernenergie ausgestiegen, dann aus der Kohle. Auch das geht einigen nicht schnell genug; sie wollen auch schon die Nutzung von (fossilem) Erdgas verbieten. Vorsicht! Wir müssen und wollen alles für eine Energiewende tun, zugleich aber auch sicherstellen, dass Energie – für Unternehmen und private Haushalte – in ausreichendem Maße jederzeit sicher und kostengünstig zur Verfügung steht. Der

Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist also nur so weit verantwortlich, wie Zug um Zug der Umstieg in erneuerbare Energie gelingt. Deswegen gilt es den Aufbau erneuerbarer Energien schnellstmöglich zu fördern, damit wir mit dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern Schritt halten können und vorab einige technische Probleme lösen.

Hand auf's Herz, was sagt der Finanzfachmann: Förderung hier, Umstrukturierungshilfen da – können wir uns das alles ohne zusätzliche Steuern leisten? Zumal wir uns doch gerade zur Bewältigung der Corona-Krise nochmals erheblich verschuldet haben und die Krise auch noch nicht durchgestanden ist, oder?

Ja, die Corona-Krise ist noch nicht durchgestanden. Aber wir sind auf einem guten Weg! Die staatliche Überbrückungshilfen, Kurzarbeiterregelungen und Konjunkturprogramme waren sehr teuer, aber nötig und insgesamt erfolgreich. Allein der Bund hat sich zur Finanzierung dieser Pakete in den beiden letzten Jahren um 400 Mrd.



neu verschuldet. Das war nur möglich, weil wir in den letzten Jahren an einer soliden Haushaltsführung festgehalten haben. Unsere schwarze Null! Im Privaten sagt man: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Aber nun müssen die Schulden zurückgezahlt werden.

Und das soll ohne Steuererhöhungen möglich sein?

Ohne Erhöhung der Steuer-Sätze. Wir setzen auf Wirtschaftswachstum und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Dank der umfassenden Hilfsmaßnahmen konnten Unternehmen vor der Insolvenz bewahrt und Arbeitsplätze erhalten werden. Das war unser Ziel. Jetzt geht es um den Neustart – mit Mut und aller Kraft voraus! Helfen, entfesseln, ermutigen – darum muss es jetzt gehen. Die genannten Herausforderungen der Digitalisierung und Dekarbonisierung, des Fachkräftemangels und die aktuellen Probleme in den Lieferketten sind groß genug. Steuersätze anzuheben, wäre



„Die Corona-Pandemie hat den Familien in der Tat sehr viel abverlangt. Sorge um die Gesundheit, die beruflichen und finanziellen Auswirkungen, um Kinder und zu pflegende Angehörige.“

Dr. Hermann-Josef Tebroke

das falsche Signal. Mit einem erfolgreichen Wiederaufschwung generieren wir langfristig und strukturell ein höheres Steueraufkommen durch Wachstum der Gewinne und Einkommen – und das ermöglicht schließlich eine Rückführung der neuen Schulden.

Der Neustart setzt voraus, dass sich Menschen wieder ohne Ansteckungsrisiko begegnen können, an ihren Arbeitsplatz zurück können, wieder an Veranstaltungen teilnehmen, reisen und zur Schule gehen. Was sagst Du den Menschen, die sich bisher noch nicht geimpft haben?

Wir können Corona nur in den Griff bekommen, wenn sich mehr Menschen impfen lassen. Die aktuelle Quote von gut 50% zweifach Geimpften ist zu niedrig. Impfstoff steht in ausreichendem Maß zur Verfügung. Alle können sich – wie von der Bundesregierung versprochen – heute ohne organisatorischen Aufwand, kurzfristig und kostenlos impfen lassen.

Ich bin gegen einen rechtlichen Impfungszwang. Allerdings sind im Einzelfall Nachteile Nichtgeimpfter nicht auszuschließen, etwa infolge von Zugangsbeschränkungen zu Veranstaltungen und Einrichtungen. So kann ich nur herzlich und mit allem Nachdruck darum bitten, sich möglichst impfen zu lassen – um sich selbst zu schützen und

auch alle anderen. Das ist letztlich auch eine Frage der Solidarität. Nur so können wir endlich zu dem gewohnten „normalen Leben“ zurückkommen.

Sprechen wir nicht auch zu wenig über die Erfolge, die uns während der Krise gelungen sind – zum Beispiel bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit?

In der Tat. Darüber hinaus lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen am Ende unterhalb der Vorjahreszahlen, Mitarbeiter konnten gehalten werden und Arbeitslosigkeit verhindert werden. Das Bruttoinlandsprodukt ist in 2020 um knapp 5% zurückgegangen, die aktuellen Wachstumsprognosen sind schon wieder positiv. Eine im internationalen Vergleich gute Bilanz. Dass wir vergleichsweise so gut durch die Krise gekommen sind, ist nicht nur dem Krisenmanagement auf allen staatlichen Ebenen und der Mitwirkung in den Unternehmen zu verdanken. Aus dem, was alles nicht optimal gelaufen ist, werden wir lernen. Nicht zu vergessen aber, was – zumal in den kritischen Phasen der Pandemie – im Gesundheitsbereich geleistet wurde, in den sogenannten systemrelevanten Berufen, in den Schulen und Familien. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank und höchste Anerkennung.

Welche Impulse müssen wir in den nächsten vier Jahren setzen, um weiter an der Spitze der weltweiten Innovation zu stehen?

Gemeinsames Ziel muss ein Umfeld sein, in dem Wissen und Können, Leistung, Kreativität, Initiative und Risikobereitschaft wertgeschätzt und unterstützt werden. Dazu gehört auch, mit Scheitern, Fehlern und Irrtümern konstruktiv umgehen zu können. Ein Anspruch, der sich an die Gesellschaft insgesamt richtet. Staatlicherseits sehe ich vor allem vier Ansätze. Dazu gehören

- Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen
- Nachwuchsförderung, Fachkräftesicherung durch mehr Austausch mit anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen, durch Stipendienprogramme und Praxisprojekte
- Förderung von Unternehmensgründungen (Start Ups) insbesondere in High-Tech-Branchen, aber auch zur Realisierung von Verfahrensverbesserungen und Produktinnovationen
- Reform der Unternehmenssteuern und Abbau unnötiger Auflagen, die Forschungsaktivitäten von Unternehmen im Inland behindern
- Beschleunigter Ausbau der digitalen Infrastruktur und Förderung von Bildungseinrichtungen zur Vermittlung digitaler Kompetenz

Apropos Digitalisierung: Bis wann hat wirklich jeder Haushalt einen Glasfaser-Anschluss im Kreis?

Am liebsten bis vorgestern (schmunzelt). Wir kommen noch zu langsam vorwärts. Mit einer besseren Infrastruktur könnten wir die Vorzüge unseres ländlichen und zugleich stadtnahen Raums nochmals deutlich verstärken. Darum ist es auch so wichtig, dran zu bleiben und vom Bund noch mehr finanzielle Unterstützung einzufordern. Auch im Sinne der immer wieder geforderten gleichwertigen Lebensverhältnisse.

Jeder der Dich kennt weiß: Du bist ein überzeugter Familienmensch. Ist es nicht hart, als Bundestagsabgeordneter so viel Zeit in Berlin zu verbringen – weit weg der Heimat?

Ich bin gern in Berlin, aber noch lieber hier im Bergischen Land und bei Familie und Freunden. Mittlerweile sind unsere Kinder erwachsen, im Studium, auswärts beschäftigt. Manchmal treffen wir uns auch in Berlin – aber meist und am liebsten im-

mer noch hier in ihrer Heimat. Die Zeit mit der Familie ist mir sehr wertvoll.

Zeit für Familien – das war schon immer auch ein politisches Motto von Dir. In der Corona-Krise wurden hingegen Familien oft vor eine Bewährungsprobe gestellt.

Die Corona-Pandemie hat den Familien in der Tat sehr viel abverlangt. Sorge um die Gesundheit, die beruflichen und finanziellen Auswirkungen, um Kinder und zu pflegende Angehörige. Home-Office, Home-Kita, Home-Schooling, ... Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, ist auch unter „Normalbedingungen“ eine echte Herausforderung. Und die Corona-Zeit wird nachwirken. Ich denke an Nachteile für Kinder, die besonders den persönlichen Kontakt zu Mitschülern und Lehrkräften vermisst haben, zuhause digital schlecht ausgestattet sind oder in bildungsfernen Familien leben. Ihnen müssen wir helfen, wieder in den Tritt zu kommen und nachzuholen.

Welches Familienbild stellst Du Dir in zehn Jahren vor und was kann Politik leisten, um diese Ziel zu erreichen?

Ich sehe, dass Anforderungen und Erwartungen an Eltern und Kinder kontinuierlich steigen. Ich sehe aber auch, dass sich die Formen familiären Zusammenlebens immer vielfältiger darstellen. Es gibt nicht die (!) Familie – und es steht niemandem zu, eine bestimmte Form vorzuschreiben. Wesentlich ist, dass in Familien Menschen unterschiedlicher Generationen dauerhaft füreinander Verantwortung wahrnehmen. Hier wachsen Kinder auf und lernen, füreinander da zu sein. Hier werden hilfsbedürftige Angehörige betreut und gepflegt. Damit ist und bleibt Familie Keimzelle der Gesellschaft.

„Vater“ Staat ist nicht Teil der Familie. Er hat zu helfen, dass Familie gelingt, die Rechte von Eltern und Kinder zu sichern, Eltern zu helfen, ihre Erziehungsverantwortung wahrzunehmen und Familien bei der Pflege ihrer Angehörigen zu unterstützen.

Ich möchte, dass Kinder, Eltern und Großeltern mehr voneinander haben und das Zusammenleben nach ihren Vorstellungen gestalten können. Dazu brauchen wir familienfreundlichere Regelungen zu Arbeitszeit und Arbeitsort, vielfältigere qualitative Betreuungsangebote für Kinder im Schul- und Vorschulalter sowie steuerliche Erleichterungen, etwa durch eine Entwicklung des Ehegattensplittings in Richtung

Familienplitting und weitere Erleichterungen für Alleinerziehende. Hierfür möchte ich mich weiterhin verstärkt einsetzen.

Zum Schluss: Was wäre Dein größter Wunsch für den Rheinisch-Bergischen Kreis?

Ich wünsche mir für den Kreis mehr Unternehmensgründungen, bessere (Verkehrs-) Verbindungen zwischen den Kommunen und schnelles Internet überall. Vor allem aber möge uns gelingen, das zu erhalten, was unseren Kreis auszeichnet: ein gesundes natürliches Umfeld, wirtschaftliche Stärke und Kaufkraft sowie ein fröhliches und rücksichtsvolles Miteinander in Familien, Nachbarschaften und Vereinen.



Die Fragen stellte Kreisvorsitzender Uwe Pakendorf.



Dr. Hermann-Josef Tebroke

... wurde am 19. Januar 1964 in Rhede/Westfalen geboren. Er ist römisch-katholisch, verheiratet und hat vier Kinder und eine Enkelin.

Nach BWL-Studium, Promotion und Habilitation wurde er 1999 Professor für Finanzen in Hamburg und Bayreuth. 2004 folgte die Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Lindlar, 2012 dann zum Landrat unseres Rheinisch-Bergischen Kreises und 2017 erstmals in den Deutschen Bundestag. Dort ist er ordentliches Mitglied im Finanzausschuss, stv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Seit April 2019 ist er Kreisschatzmeister der CDU Rhein-Berg.

A close-up, profile view of Dr. Hermann-Josef Tebroke, an older man with short, light-colored hair, wearing glasses and a blue shirt. He is looking slightly to the left of the frame with a slight smile.

„Wir setzen auf Innovationskraft, Erfindungsgeist, unternehmerische Initiative und Risikobereitschaft. Der Beitrag des Staates muss darin bestehen, für verlässliche Rahmenbedingungen zu sorgen, von bürokratischem Aufwand und unnötigen Auflagen zu befreien und eine Vereinfachung des Steuersystems zu erreichen.“

Dr. Hermann-Josef Tebroke



Wir werden kämpfen, ich werde kämpfen!

Kanzlerkandidat Armin Laschet ist fest entschlossen, die Wahl zu gewinnen!

Kämpferisch schwört Armin Laschet die Union im Berliner Tempodrom auf die heiße Wahlkampfphase ein: „Wir wollen gewinnen. Und wir werden gewinnen. Weil wir regieren müssen, damit Deutschland einen guten Weg nimmt!“, sagt er beim offiziellen, natürlich im Internet übertragenen Wahlkampfauftakt. Pandemiebedingt konnten nur knapp Einhundert Menschen vor Ort sein, darunter Kanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Markus Söder.

Nachhaltiges Wachstum schaffen

Die Zukunft Deutschlands ist nicht mit linken Bündnissen zu machen. Höhere Steuern, mehr Belastung für Wirtschaft und Familien, wie SPD, Grüne und Linke sie wollen, sind Gift für die Konjunktur. „Wir müssen alles tun, was Wachstum schafft“, so Laschet. Nur so könne Deutschland die Auswirkungen der Corona-Pandemie bewälti-

gen und zu neuer Stärke, zu neuer Dynamik und zu neuem Aufschwung kommen.

Klimawandel sozialverträglich gestalten

Die Flutkatastrophe im Juli hat deutlich vor Augen geführt, wie bedrohend die Erderwärmung ist. Die Einhaltung der Klimaziele von Paris, der Kohleausstieg und die Verkehrswende stehen daher ganz oben auf der Agenda der Union. „Doch diesen Wandel schaffen wir als Gesellschaft nur, wenn wir ihn sozialverträglich gestalten“, betonte Armin Laschet. Grüne und SPD hätten die soziale Frage und die Arbeitsplätze beim Klimaschutz vergessen, „weil sie sich nur um ihre Ideologie kümmern“, so der Kanzlerkandidat der Union.

Wir brauchen einen Nationalen Sicherheitsrat

Mit Blick auf die erschütternde und kata-

strophale Lage in Afghanistan hat Armin Laschet „mehr Europa“ in der Außen- und Sicherheitspolitik gefordert. „Wir müssen die Lehren aus der Lage in Afghanistan ziehen. Unsere Außenpolitik muss strategischer werden. Deshalb brauchen wir einen Nationalen Sicherheitsrat. Und Europa muss stärker und handlungsfähiger werden – auch militärisch.“

Angela Merkel: Armin Laschet ist Brückenbauer

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder warben für die Union und Kanzlerkandidat Armin Laschet. Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Ich habe Armin Laschet als Mensch und Politiker erlebt, für den das C nicht nur ein Buchstabe ist, sondern Kompass – den Menschen mit seiner Würde in den Mittelpunkt zu stellen.“ Das Handeln von

Armin Laschet sei geprägt davon, Brücken zu bauen, ob als Abgeordneter im Europaparlament, im Bundestag, als erster Integrationsminister in Deutschland, als Ministerpräsident – „und ganz sicher auch als Bundeskanzler!“, so Merkel. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder machte klar: „Adenauer, Kohl, Merkel – und jetzt Laschet. Armin, du kannst dich auf meine Unterstützung verlassen. Ich will, dass Armin Laschet Bundeskanzler wird.“ Denn: „Wir halten zusammen. Wir wollen gemeinsam erfolgreich sein.“

Haustürwahlkampf und Deutschlandreise

Nach dem Wahlkampfauftakt startete Armin Laschet mit CDU-Generalsekretär Paul Ziemak in Berlin in den Haustürwahlkampf – so wie viele tausende CDU- und CSU-Mitglieder und Kandidaten auch. Und auch seine Deutschlandreise geht weiter. Armin Laschet besucht Orte und Menschen, die anpacken und unser Land gemeinsam besser machen: „Es kommt auf jede einzelne Stimme an. Gemeinsam kämpfen wir mit ganzer Kraft um jede einzelne Stimme für CDU und CSU!“



Armin Laschet

... geboren 1961 in Aachen, ist seit Juni 2017 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Der CDU-Politiker ist seit Januar der neunte Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union und bei der Bundestagswahl am 26.09.2021 gemeinsamer Kanzlerkandidat von CDU und CSU. Sein politischer Weg begann im Aachener Stadtrat, von dort ging es als Bundestagsabgeordneter (1994 bis 1998) und Europaabgeordneter (1999 bis 2005) weiter. Von 2005 bis 2010 war er Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration in der Landesregierung von Jürgen Rüttgers. Abgeordneter im Landtag Nordrhein-Westfalen ist er seit 2010. Laschet ist Jurist und gelernter Journalist. Er war unter anderem für das Bayrische Fernsehen tätig und war Chefredakteur der Kirchenzeitung Aachen. Laschet ist verheiratet und hat drei Kinder.

Briefwahl: Besser. Sicher. Jetzt.

Bei der Bundestagswahl am 26.09.2021 kann natürlich auch wieder per Briefwahl gewählt werden. Und das auch vorab vor Ort bis 24.09.!

Erstmals gab es die Möglichkeit der vorzeitigen Stimmabgabe per Brief im Jahr 1957. Die Zahl der Briefwähler nimmt seit Jahren stetig zu. In der Corona-Pandemie hat sich das bei der Kommunalwahl 2020 noch einmal gesteigert. Fast jeder dritte Wähler stimmte auf diesem Wege ab. Und für die Bundestagswahl am 26.09.2021 erwartet der Bundeswahlleiter ein Rekordergebnis. 40-50 Prozent Briefwähler sind durchaus möglich.

Entweder verschicken die Wahlämter in den Kommunen auf Antrag die Stimmzettel, Umschläge und die Eidesstattliche Versicherung klassisch per Post zu, es wird zuhause gewählt und die Unterlagen per

Post zurückgeschickt. Bei der Bundestagswahl kann seit dem 30. August zusätzlich auch in allen acht Kommunen direkt vor Ort "vorab" gewählt werden. Möglich ist das durch Briefwahlbüros, die die Briefwahlunterlagen direkt ausstellen, dann kann in einer eigens aufgestellten Wahlkabine geheim gewählt werden. Der Wahlzettel kommt in den Umschlag und die Briefwahlunterlagen landen direkt in der Wahlurne der Kommune.

Direktwahlbüros bis 24.09. offen

Wo das im Rheinisch-Bergischen Kreis zu welchen Uhrzeiten möglich ist finden Sie, inkl. Links zu den Onlineantragsformu-



laren der Kommunen auf unserer Seite www.briefwahlantrag.de

Wichtig ist bei der Briefwahl übrigens nicht das rechtzeitige Absenden des Briefes, sondern der fristgerechte Eingang am Wahltag spätestens um 18:00 Uhr. Jede Kommune stellt dafür einen speziellen Briefkasten bereit.

Gemeinsam für ein modernes Deutschland

Das Programm für Stabilität und Erneuerung

Deutschland kann sich auf die CDU verlassen. Wir übernehmen Verantwortung und haben bewiesen, dass wir große Krisen meistern können. Wir können Deutschland führen. Jetzt ist es Zeit, dass wir Deutschland gemeinsam aus der Krise führen und unser Land moderner machen. Dafür steht unser Wahlprogramm. Ein Programm mit Ideen von Menschen aus dem ganzen Land. Gemeinsam mit Armin Laschet machen wir uns an die Lösung der echten Probleme. Armin Laschet kann Kanzler. Er hat die Erfahrung, die unser Land gerade jetzt braucht.



#1 Wachstum für Jobs und Wohlstand.

Nach der Pandemie muss Deutschland durchstarten. Das geht nur mit wirtschaftlicher Dynamik, erfolgreichen Unternehmen und Wachstum. Nur so gibt es auch in Zukunft sichere und gute Arbeitsplätze. Nur so können wir sozialen Ausgleich schaffen, für gute Bildung sorgen und unseren Kindern und Enkeln eine gute Zukunft bieten. Dafür werden wir Unternehmen von Bürokratie und Fesseln befreien, damit sie sich auf ihr Geschäft und damit auf ihren Erfolg konzentrieren können. So sorgen wir für die Jobs von morgen, für Wohlstand und einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

#2 Machen, was Arbeit schafft.

Der Jobmotor bewirkt vieles: Niedrige Ar-

beitslosigkeit, soziale Sicherheit, Wachstum und steigende Löhne. Ein guter und sicherer Job ist für viele Menschen ein Stück Lebensqualität. Dazu gehören auch faire Bezahlung, flexible Arbeitszeiten und Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb wollen wir nicht nur möglichst viele Arbeitsplätze, sondern vor allem auch gute Arbeitsplätze. Dabei gilt für uns immer: Leistung muss sich lohnen.

#3 Klimaschutz & Wachstum. Das geht zusammen.

Wir wollen unseren Kindern und Enkeln einen besseren Planeten hinterlassen, als wir ihn vorgefunden haben. Der Klimawandel fordert uns. Der wirksamste Klimaschutz sind Innovationen und Technologien, die CO₂ einsparen und gleichzeitig nachhaltiges Wachstum auslösen und damit

gute und sichere Jobs schaffen. Die letzten Jahre zeigen: Klimaschutz und nachhaltiges Wachstum gehen zusammen. Diesen Weg setzen wir konsequent und entschlossen fort. Unser Ziel ist es, dass Deutschland klimaneutrales Industrieland wird. Wir denken Klimaschutz umfassend – ökologisch, wirtschaftlich und sozial.

#4 Mehr Zeit und Raum für Familien.

Familie bedeutet für viele Menschen Geborgenheit und Heimat. Allerdings ist der Alltag häufig von Hektik geprägt – vieles ist unter einen Hut zu bringen. Wir wollen Familien deshalb unterstützen, damit sie mehr voneinander haben und ihr Leben so leben, wie sie es sich wünschen.

#5 Mit Spitzenforschung an die Spitze.

Forschung und Entwicklung ist nicht nur etwas für Nerds. Sie sind der Schlüssel für neueste Technologien ‚Made in Germany‘ – und damit der Schlüssel für Wachstum, Jobs und internationale Wettbewerbsfähigkeit. In den letzten Jahren sind die Ausgaben hierfür massiv gestiegen. Aber das reicht nicht; wir wollen mehr. Mit bester Bildung in Kita und Schule fängt es an. Hier entsteht Lust am Tüfteln, Nachfragen, Erfinden und Ausprobieren. Und in Hochschulen, Laboren und Unternehmen werden aus dieser Lust High Tech-Lösungen für uns alle. Wir sind der Überzeugung: Die Zukunft gehört den Erfindern und nicht den Verhinderern.

#6 Eine Verwaltung, die funktioniert – und für Sie da ist.

Eine gute Verwaltung ist eine, die für die Bürgerinnen und Bürger da ist – einfach, direkt, digital. Nicht erst die Pandemie hat dabei viele Schwachstellen offengelegt. Es muss ein digitaler Ruck durch die Verwaltungen gehen, damit möglichst viel einheitlich und digital und damit schneller und einfacher wird. Wir brauchen einen Neustart mit neuem Denken, neuen Ideen und neuem Mut.

#7 Ein gutes Leben in jeder Lage.

Es gibt Situationen im Leben, die vieles auf den Kopf stellen: Pflegebedürftigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit. Deutschland ist ein starkes Land, das Menschen, die Unterstützung brauchen, unter die Arme greift. Das allerdings ist kein Selbstläufer. Wir müssen immer wieder neu denken, wie wir bestmöglich diese Unterstützung organisieren können. Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass sie solche Unterstützung erfahren. Diese Verlässlichkeit ist ein starkes Stück Deutschland.

#8 Bauen für bezahlbares Wohnen.

Wohnen ist mehr als einfach nur ein Dach über dem Kopf. Wohnen ist Lebensqua-

lität, bietet Heimat und schafft Geborgenheit – egal ob im eigenen Haus oder in der Mietwohnung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Deshalb arbeiten wir dafür, dass Wohnen bezahlbar ist. Wir sind davon überzeugt: Dabei helfen keine Deckel, Begrenzungen, Vorschriften oder Verbote. Der entscheidende Schlüssel lautet: Bauen. Denn so entsteht mehr Wohnraum, wodurch die Preise dann wirksam gedämpft werden. Außerdem wollen wir vor allem Familien unterstützen, den Traum von den eigenen vier Wänden wahr zu machen.

#9 Sicher leben. Sicher sein.

Sicherheit ist nicht irgendein Gefühl. Sicherheit ist das Grundbedürfnis der allermeisten Menschen – Sicherheit zu Hause, auf der Straße und im Netz. Aufgabe eines starken und konsequenten Rechtsstaates ist es, Angriffe auf die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger abzuwehren – egal woher die Angriffe kommen, egal wen die Angriffe treffen. Dabei müssen unsere Sicherheitsbehörden auf dem neuesten Stand sein. Es kann nicht sein, dass Kriminelle besser ausgerüstet sind als Polizei und Staatsanwaltschaft. Ein Leben in Sicherheit – das empfinden wir als besonderen Auftrag.

#10 Stadt und Land

Deutschland ist unsere Heimat – dazu gehören pulsierende Metropolen, lebenswerte Kleinstädte und liebenswerte Dörfer. Das Attraktive an Deutschland ist seine Vielfalt und ein starker Zusammenhalt. Deshalb soll Deutschland auch in Zukunft eine attraktive Heimat für alle Menschen sein – ganz egal, wo sie wohnen. Wir spielen die Interessen der Städte nicht gegen die der ländlichen Regionen aus. Zielgenau unterstützen wir jede Region mit dem, was dort gebraucht wird.

#11 Interessen wahren, Werte verteidigen.

Unsere Welt verändert sich unaufhaltsam, aufstrebende Regionen streben nach Wohlstand, autoritäre Regime ringen um Vormacht. Die Herausforderungen für die Menschheit sind enorm. Wollen wir dabei unsere Interessen wahren und gleichzeitig unsere Werte verteidigen, brauchen wir Einfluss. Dies gelingt nur in starken und belastbaren Bündnissen. Deshalb arbeiten wir für eine handlungsfähige Europäische Union. Deshalb treten wir für Verlässlichkeit unseres Landes in der NATO ein. Deshalb wollen wir einen fairen Welt- handel mit klaren Regeln.

Mehr erfahren

Das vollständige Regierungsprogramm von CDU und CSU finden Sie übersichtlich aufgebaut auf der Kampagnen-Webseite www.ein-guter-plan-fuer-deutschland.de



**TERMIN
HIGH-
LIGHTS**

**Die Kunst des
guten Führens
Thomas de Maizière MdB**
Di. 14. Sept. 2021 // 13:00 Uhr
 Firma Büro // Leichlingen

 Begrenzte Platzkapazität.
 Anmeldung und GGG-Nachweis
 erforderlich. Die Veranstaltung
 wird zusätzlich online übertragen.
[www.cdu-rhein-berg.de/
anmeldung](http://www.cdu-rhein-berg.de/anmeldung)

**Was tun wir gegen Kin-
desmissbrauch?
Christina Schulze Föcking
MdL im Gespräch mit
Hermann-Josef Tebroke**
Di. 14. Sept. 2021 // 19:00 Uhr
 Marlene's Café // Rösrath

 Begrenzte Platzkapazität.
 Anmeldung und GGG-Nachweis
 erforderlich.
[www.cdu-rhein-berg.de/
anmeldung](http://www.cdu-rhein-berg.de/anmeldung)

**Bei allen Veranstaltungen ist ein
GGG-Nachweis mitzubringen!**

Termine

 Senioren-Union
 Overath

Festakt "30 Jahre"
08.09.2021 // 10:30 Uhr
 Kulturbahnhof Overath

 Anmeldung erforderlich:
[02202 936950](tel:02202936950)

 Mittelstandsunion
 Rhein-Berg

**Hinter den Kulissen
des Bergischen Löwen**
16.09.2021 // 19:00 Uhr

 Konrad-Adenauer-Platz,
 Bergisch Gladbach

 Anmeldung erforderlich:
doro.dietsch@mit-rbk.de
www.mittelstand-rbk.de

 Senioren-Union
 Rhein-Berg

**Mitgliederversammlung
mit Vorstandsneuwahlen**
20.09.2021 // 15:00 Uhr

 Bürgerhaus Bergischer Löwe,
 Konrad-Adenauer-Platz,
 Bergisch Gladbach

 Anmeldung erbeten:
info@cdu-rhein-berg.de
 oder telefonisch: [02202 936950](tel:02202936950)

CDU Rhein-Berg

**Wahlkreismitgliederver-
sammlung "Aufstellung
Landtagsbewerber/in im
WK 22"**
25.10.2021 // 19:00 Uhr

 Johannes-Löh-Gesamtschule
 Auf dem Schulberg 2
 51399 Burscheid

[www.cdu-rhein-berg.de/
landtagswahl](http://www.cdu-rhein-berg.de/landtagswahl)

CDU Rhein-Berg

**Wahlkreismitgliederver-
sammlung "Aufstellung
Landtagsbewerber/in im
WK 21"**
27.10.2021 // 19:00 Uhr

 Bürgerhaus Bergischer Löwe,
 Konrad-Adenauer-Platz,
 Bergisch Gladbach

[www.cdu-rhein-berg.de/
landtagswahl](http://www.cdu-rhein-berg.de/landtagswahl)

CDU Rhein-Berg

**74. Kreisparteitag mit
Vorstandswahlen**
**November 2021 // Wird noch
festgelegt**

 Mehr Infos in Kürze auch auf:
www.cdu-kreisparteitag.de

**Vorsitzender der
CDU-Mittelstandsunion
Dr. Carsten Linnemann MdB**
Mi. 22. Sept. 2021 // 17:00 Uhr
 Bergischer Löwe // Bergisch Gladbach

 Begrenzte Platzkapazität.
 Anmeldung und GGG-Nachweis erforderlich.
www.cdu-rhein-berg.de/anmeldung

Aufstellungsversammlungen Landtag Nordrhein-Westfalen

Kreisvorstand beschließt Termine der Mitglieder- versammlungen und Verfahren zur Aufstellung

Die nächste Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen findet am 15. Mai 2022 statt. Die Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerber steht nun an. Auch wenn wir bis Ende September noch mitten im Bundestagswahlkampf stecken, hat sich der Kreisvorstand bereits mit der Organisation der Aufstellungsversammlungen beschäftigt. Nach dem Tod von Holger Müller 2019 und der Ankündigung von Rainer Deppe, nicht erneut für eine Kandidatur zur Verfügung zu stehen, suchen wir für beide Wahlkreise geeignete Bewerberinnen und Bewerber.

Vorschläge können von jedem Mitglied der CDU sowie von den Mitglieder-
versammlungen und Vorständen der Stadt-/Gemeinde- und Ortsverbände und vom Kreisvorstand schriftlich eingereicht werden.

Der Kreisvorstand ruft daher dazu auf, Vorschläge zu unterbreiten oder eine

eigene Kandidatur anzukündigen. Alle Interessenten mögen sich bis Montag, 27. September 2021, 12:00 Uhr, per E-Mail an den Kreisvorsitzenden Uwe Paken-dorf (bewerbung-landtagswahl@cdu-rbk.de) wenden. Auf www.cdu-rhein-berg.de/landtagswahl finden diese ein Formular, außerdem kann für eine gedruckte Kandidatenmappe, die mit der Einladung verschickt wird, ein Text und Foto eingereicht werden. Unabhängig davon besteht selbstverständlich auch nach dieser internen Frist und auch noch während der Versammlung (nach entsprechender Frage der jeweiligen Versammlungsleitung) die Möglichkeit, sich selbst oder andere vorzuschlagen.

Ob und in welcher Form es vor den Wahlkreismitgliederversammlungen weitere Vorstellungsrunden geben wird, entscheidet der Kreisvorstand nach Sichtung der Anzahl der Bewerbungen in seiner Sitzung am 27. September 2021.

Termine der Wahlkreis- mitgliederversammlungen

WK 21 / Rhein-Berg I

Bergisch Gladbach und Rösrath

Mittwoch, 27. Oktober 2021

19:00 Uhr

Bürgerhaus Bergischer Löwe

Bergisch Gladbach

WK 22 / Rhein-Berg II

Burscheid, Kürten, Leichlingen,

Odenthal, Overath, Wermelskirchen

Montag, 25. Oktober 2021

19:00 Uhr

Johannes-Löh-Gesamtschule

Burscheid

Schriftliche Einladungen folgen.



Aus der Flutkatastrophe lernen

Hochwasserkarten überprüfen, Frühwarnsystem aufbauen, kommunale Zusammenarbeit stärken

Die Ereignisse der Flutkatastrophe vom 14. und 15. Juli 2021 haben im Rheinisch-Bergischen Kreis aufgrund des flächendeckenden Dauerregens zu einer sehr unterschiedlichen Intensität und Gründen von Überflutungsereignissen geführt. Während verschiedene in den Kommunen durchgeführte Hochwasser-Schutzmaßnahmen sehr gute Wirkung gezeigt und damit ihre Praxistauglichkeit unter Beweis gestellt haben, kam es zum Teil lokal an Bachläufen und auch großflächig an Flussläufen, insbesondere von Wupper und Sülz, im Kreis-Gebiet zu enormen Sach- und Personenschäden. Ehrenamtliche Kräfte haben während und nach der Flut Gewaltiges geleistet.

Nun gilt es jedoch, Lehren aus den unterschiedlichen Flutereignissen zu ziehen und sich für erwartbare zukünftige Hochwasser-Ereignisse aufgrund des Klimawandels mit zunehmender Intensität vorzubereiten, um Mensch und Sachwerte noch besser zu schützen.

Deswegen beantragen die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Erfahrungen des vergangenen Starkregens in alle Kartenwerke der Hochwasser-Risikokarten der Bezirksregierung

und die jüngst vom Kreis erstellen Starkregenrisikokarten einfließen müssen. Falls sich herausstellen sollte, dass die Berechnungen der Überschwemmungsgebiete nicht ausreichen, sind diese zu evaluieren. Eine Harmonisierung der Berechnungen des Kreises in Bezug auf Starkregenereignisse im Kreisgebiet und der Hochwassersimulationen der Bezirksregierung in Verbindung mit den Erfahrungen des Hochwassers vom 14./15. Juli 2021 wird in diesem Zusammenhang von beiden Fraktionen für sinnvoll erachtet. Für bestehende Baugebiete gilt selbstredend Bestandsschutz – neue noch nicht bebaute Gebiete wären von einer eventuellen Ausweitung von Flut-Risikogebieten jedoch betroffen.

Zudem hat sich aufgrund der Entwicklung der Scheitelwellen der Flut an den Flussläufen im Kreis-Gebiet vom 14./15. Juli 2021 gezeigt, dass eine genaue Berechnung der Hochwasserentwicklung aufgrund von vorliegenden Wettervorhersagen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) notwendig ist, um Anwohnerinnen und Anwohner von Gewässern im Kreis-Gebiet gezielt und frühzeitig warnen zu können. Die Vorfälle haben die beson-

dere Bedeutung des technischen Hochwasserschutzes, insbesondere der Talsperren deutlich gemacht. Sie werden zukünftig eine größere Pufferfunktion für beide Aufgaben wahrnehmen müssen und sind von den Wasserverbänden entsprechend auszustatten. Dazu bedarf es eines sehr genauen Berechnungsmodells, das bei Extrem-Wetterereignissen lokale Regenmengen möglichst genau vorhersagt (z.B. Regenradarkarten) und deren Auswirkung auf die Bach- und Flussläufe vorausberechnet. Die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten eine Untersuchung zur Machbarkeit eines solchen Berechnungsmodells und Frühwarnsystems für elementar wichtig. Eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden übergeordneten Behörden und Institutionen ist anzustreben, auch um eventuell mögliche Fördermittel zu akquirieren.

In Einzelfällen hat sich während der Flutkatastrophe auch gezeigt, wie sehr lokal in den Kommunen durchgeführte Hochwasserschutzmaßnahmen (z.B. an kleineren Fließgewässern) einen positiven Einfluss auf tieferliegende Anrainer von Fließgewässern hatten. Umgekehrt war dieses leider im Einzelfall auch zu beobachten. Eine kommunen-übergreifende Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz ist dabei insbesondere bei den größeren Fließ-Gewässern im Kreis und darüber hinaus notwendig. Eine kommunenübergreifende integrierte Koordination der Zusammenarbeit und Flächenplanung wäre als Ziel anzustreben.

Der Antrag im vollen Wortlaut finden Sie unter:

[www.cdu-fraktion-rhein-berg.de/
antrag-warnsysteme-flut](http://www.cdu-fraktion-rhein-berg.de/antrag-warnsysteme-flut)



Uwe Pakendorf
Vorsitzender des Zukunftsausschusses

Vorhandene Warnsysteme umfassend überprüfen, verbessern, ausbauen und durch innovative Systeme ergänzen!

Effektiver Bevölkerungsschutz steht im Antrag an den Ausschuss für Gesundheit, Rettungswesen und Verbraucherschutz im Vordergrund

Auch für den Ausschuss für Gesundheit, Rettungswesen und Verbraucherschutz stellen CDU gemeinsam mit Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen einen weitreichenden Antrag zur Überprüfung, Verbesserung und Ausbau der bestehenden Warnsysteme im Rheinisch-Bergischen Kreis. Die Ereignisse der Flutkatastrophe vom 14. und 15. Juli 2021 haben im Rheinisch-Bergischen Kreis aufgrund des Dauerregens zu erheblichen Schäden, zahlreichen Verletzten und leider auch zwei Toten geführt. Deswegen ist eine der zentralen Forderungen des Antrages, das bestehende Warnkonzept hinsichtlich seiner Wirksamkeit bei Extrem-Wetterereignissen aufgrund der Erfahrungen der Flutkatastrophe sowie das Einsatz-Konzept aller involvierten Krisen-Kräfte zu untersuchen.

Eine solche Katastrophe hat auch hier im Kreis ganz deutlich gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes und für alle Altersgruppen zur Verfügung stehendes Warnsystem ist. So sollte eine mögliche frühzeitige Warnung zum Beispiel auch für ältere Menschen, die kein modernes Smartphone besitzen, über Sirenen und Rundfunk genauso möglich sein, wie über diverse Warn Apps, soziale Medien, über neuartige und regional mögliche Warninfos über Smartphone für die „mobilere“ oder technisch affineren Menschen jeden Alters.

Es sollte oberstes Ziel sein, dass wir im Rheinisch-Bergischen Kreis mit einem Warnsystem aufwarten können, was möglichst autark von Landesentscheidungen funktioniert und auch allein von unserem Krisenstab ausgelöst und größtenteils gesteuert werden kann. Dabei ist insbesondere auf eine technische Redundanz und auch eine kleinteilige regionale Nutzung Wert zu legen. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen

und Bürger steht hier an oberster Stelle und auf funktionierende Warnsysteme müssen und sollten sich alle Bürgerinnen und Bürger im Kreis verlassen können.



Es kann daher nicht sein, dass vereinzelt ausgelöste Sirenen mangels Stromversorgung nicht funktionieren, dass gerade für ältere Menschen wichtige Durchsagen im Radio nicht gesendet werden, da die Warnstufe 1 (höchste Warnstufe) nicht ausgelöst wurde und eine Durchsage bei einer geringeren Warnstufe in dem bestehenden Warnsystem „MoWaS“ (Modulares Warnsystem) bisher nicht vorgesehen ist.

Aufgrund bestehender Empfehlungen zur Nutzung des Modularen Warnsystems ist eine Ansprechstelle bei Radio Berg und in Regionalprogramme weiterer Rundfunksender nicht geschaffen worden. Gerade deswegen muss für die Zukunft durch entsprechende Änderungen der

Warnstufen und Regelungen sichergestellt sein, dass eine Warnung über Radio gewährleistet ist. Dabei ist auch seitens des Radiosenders bzw. der Rundfunkanstalt sicherzustellen, dass durch eine technische Redundanz für eine Höchstverfügbarkeit des Sendeprogramms gesorgt wird, um eine Versorgung der Bevölkerung mit Informationen sicherzustellen.

Ebenfalls muss ein reibungsloser Betrieb aller Sirenen gewährleistet und in jedem Teilgebiet des Kreises (Gebiet, welches durch die jeweilige Sirene abgedeckt wird) auch bei Stromausfall mit einer entsprechenden Notstromversorgung deutlich zu hören sein. Es ist nicht hinnehmbar, dass aufgrund einzelner Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern wegen einer vermeintlichen Lärmbelästigung der Sirenen, im Notfall in Teilgebieten des Kreises eine Warnung der Bevölkerung mit Sirenen unterbleibt. Die Lautstärke von Sirenen ist dabei stets auf das räumlich abzudeckende Gebiet unter Berücksichtigung von technischen Faktoren und Umwelteinflüssen aber auch Verkehrslärm zu definieren.

Aufgrund der Erfahrungen aus der Flutkatastrophe ist es zwingend notwendig und erforderlich, dass hier in einem kurzen und überschaubaren Zeitraum vorgenannte Maßnahmen aufgegriffen und im Sinne der Sicherheit im Kreis weiter verbessert werden.

Der Antrag im vollen Wortlaut finden Sie unter:
[www.cdu-fraktion-rhein-berg.de/
 antrag-grv-warnsysteme-flut](http://www.cdu-fraktion-rhein-berg.de/antrag-grv-warnsysteme-flut)



Ulrich Heutz
 Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit, Rettungswesen und Verbraucherschutz

Hochwasserkatastrophe im Kreis

Ein Erlebnisbericht nach dem 14./15. Juli aus Leichlingen



Der Starkregen und das Hochwasser haben viele Städte im Rheinisch-Bergischen Kreis schwer getroffen. So auch Leichlingen. Als am frühen Nachmittag des 14.07. die ersten Kanäle vollliefen, kamen die Erinnerungen an den Starkregen von 2018 schnell wieder hoch.

Der Regen sorgte nun erneut dafür, dass es rund um Diepental und den Murbach zu Überschwemmungen kam. Durch die topografische Lage suchte sich das Wasser seinen Weg und floss u.a. durch die Ortschaft Büscherhöfen Richtung Neukirchener Straße. Dort ist die Paul-Klee-Schule beheimatet, eine Förderschule für körperliche und motorische Entwicklung, welche bereits vor drei Jahren stark beschädigt wurde und dank eines enormen finanziellen Aufwandes durch den Landschaftsverband Rheinland wieder hergerichtet wurde.

Spätestens jetzt war allen bewusst, dass unsere Heimat erneut massive Schäden erleiden wird. Da unser Bürgermeister sich zu diesem Zeitpunkt noch im Urlaub befand, machte ich mich als sein Stellvertreter schnell auf den Weg in die Stadt, um mir die Lage vor Ort anzuschauen. Das Wasser stand bereits hüfthoch auf der Neukirchener Straße und zahlreiche Gebäude waren vollgelaufen. Nach der ersten Sichtung ging es dann weiter zum Ordnungsamt, das gerade dabei war die Ortschaft Balken zu evakuieren, weil hier das nächste Unglück drohte. Es stellte sich als schwierig heraus die Anwohner auszu-

quartieren, weil diese ihr Haus und damit verbunden viele wertvolle Einrichtungsgegenstände und Erinnerungen nicht zurücklassen wollten. So wurde der kostenlose Shuttle-Bus, welcher am Sportzentrum Balken Aue wartete, kaum genutzt.

Das Ausmaß der Zerstörungskraft war dort ebenfalls sichtbar, so stand der komplette Sportplatz unter Wasser. Erst vor wenigen Wochen wurde ein neuer Kunstrasenplatz verlegt, der den Wassermengen nun zum Opfer fiel.

Nach einem Besuch des Krisenstabes, welcher in der Wache des Löschzuges 1 der Freiwilligen Feuerwehr tagte, ging es dann weiter zum Deutschen Roten Kreuz in die Schulmensa, wo sich um die Evakuierten gekümmert wurde. Lediglich 25 bis 30 Personen hatten zu diesem Zeitpunkt das Angebot angenommen.

Dann kamen die ersten Meldungen, dass eine Scheitelwelle auf der Wupper erwartet wird. Also machten wir uns auf den Weg zu den Brücken, um uns die aktuelle Situation anzusehen und die Menschen zu warnen. Zu diesem Zeitpunkt stand das Wasser bereits bis zur Brückenkante und Treibgut, z.B. Teile von weggeschwommenen Wohnwagen, hingen an den Brücken fest.

Kurz nach Mitternacht löste der Stadtalarm wegen der übertretenden Wupper aus und etwa 15 weitere Straßen mussten in der Nacht evakuiert werden.

Nach einer unruhigen Nacht mit wenig Schlaf ging es am nächsten Morgen wei-

ter. Viele Bereiche waren noch lange nicht zugänglich. Und die nächste Katastrophe ereignete sich: ein Brand auf der Neukirchener Straße, ausgelöst durch die Explosion einer Ölheizung, mitten im Überflutungsgebiet. Rettungskräfte versuchten mit Booten und über einen Löschhubschrauber das Feuer zu bekämpfen. Leider ist ein Anwohner bei dem Feuer ums Leben gekommen.

Viele städtische Gebäude haben Schäden erlitten: das Rathaus (inkl. Archiv), die Stadtbücherei, das Schwimmbad, das Bürgerhaus (inkl. Musikschule) und das Schulzentrum. Ebenso hat es auch Kitas erwischt. Enorme Beschädigungen mussten wir auch an unserer weiteren Infrastruktur feststellen: Straßen, Wege und Plätze wurden unterspült und insbesondere kleinere Brücken müssen ersetzt werden.

Die nachfolgenden Tage waren für uns davon geprägt, Keller auszupumpen und auszuräumen sowie Schlamm zu schippen. Dies taten wir auch bei unserer eigenen CDU-Geschäftsstelle, bei Freunden und Bekannten sowie uns zuvor unbekanntem Leuten. Die Anzahl von Helfern war enorm. Jeder half dem anderen. Die Einsatzkräfte haben Unglaubliches geleistet. Beim Abtransport der Abfallberge haben die sich örtlichen Landwirte organisiert und geholfen.

Viele Menschen können heute immer noch nicht zurück in ihre Häuser. Die Schäden werden uns noch Monate, teilweise sogar Jahre, beschäftigen. Inzwischen haben wir Gewissheit, dass die Paul-Klee-Schule am bisherigen Standort nicht aufrechterhalten werden kann und der Träger auf der Suche nach Alternativen ist.

Was aber Mut für die Zukunft gibt, ist das Engagement und die Hilfsbereitschaft untereinander. Insbesondere in solch schwierigen Zeiten zeigt sich, wie eine Gesellschaft aufgestellt ist.



Maurice Winter

Vorsitzender der CDU Leichlingen
und Stv. Bürgermeister der Blütenstadt Leichlingen

Es gilt nun die Lehren zu ziehen!

Insbesondere bei der Kommunikation gibt es Nachholbedarf. Als ich im Stadtgebiet unterwegs war, um zu helfen, merkte ich immer wieder, dass – aufgrund fehlenden Internets und Mobilfunk – die unterschiedlichsten Gerüchte kursierten und die Menschen verunsicherten.

WarnApp-Nina ausbauen oder ein SMS-Warnverfahren? Für mich ganz klar: „und“, kein „oder“! Wir benötigen beides. Ebenso müssen wir die Anzahl der Sirenenanlagen erhöhen und die Standorte überprüfen. Viele Menschen haben berichtet, dass sie nichts mitbekommen haben. Es wurde versucht, mit mobilen Lautsprecherdurchsagen zu arbeiten, jedoch kamen diese auch nur bei einem Teil der Bevölkerung an.

Stadtplanerisch müssen wir uns nun genau überlegen, wo wir in Zukunft bauen können. Wir müssen uns für beide möglichen Ereignisse, also Starkregen und Hochwasser, präventiv besser aufstellen. Es gilt das Risiko zu minieren, Schäden zu vermeiden und vor allem Leben zu schützen.

//Maurice Winter



345.000 € Fördermittel für Wermelskirchen

Rainer Deppe über das "Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in Nordrhein-Westfalen"

Die Freude im Rathaus war riesig, als am Samstag die Nachricht eintraf, dass Wermelskirchen rund 345.000 Euro aus dem Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte des Landes Nordrhein-Westfalen erhält.

„Das ist ein ganz toller Erfolg für unsere Stadt!“ freut sich Bürgermeisterin Marion Lück. „Ich bin sehr glücklich, dass wir mit so einer großen Summe berücksichtigt worden sind!“ Der zuständige Dezernent Thomas Marner ist ebenfalls begeistert: „Es zeigt sich, dass sich die gute Vernetzung mit dem Stadtmarketing-Verein WiW und die viele Arbeit, die so ein Förderantrag mit sich bringt, lohnt!“ Marion Lück ergänzt: „Unser Dank gilt besonders unserer Fördermittelmanagerin Lisa Engstfeld und dem WiW-Vorsitzenden André Frowein, die den Antrag gemeinsam erstellt haben.“

Als einzige Stadt im Rheinisch-Bergischen-Kreis hat Wermelskirchen in diesem Jahr Fördermittel erhalten. 2020 hatte bereits die Nachbarstadt Burscheid rund 89.000 Euro bekommen.

Mit dem Projekt „Einkaufsstadt mit Herz“ will Wermelskirchen insbesondere die Leerstände reduzieren, um die Innenstadt lebendig und attraktiv zu gestalten. Ein vielfältiges Angebot und hohe Aufenthaltsqualität sollen Bürgerinnen und Bürger sowie Besucher aus benachbarten Städten anlocken, in Wermelskirchen einzukaufen. Dafür wird die Stadt Wermelskirchen Leerstände selbst vergünstigt anmieten und die Ladenlokale mit einem vergünstigten Mietzins interessierten (Start-Up-) Betrieben aus Einzelhandel,

Gastronomie, Kultur und Dienstleistungen für 24 Monate anbieten.

André Frowein ist wichtig: „Mit dem Projekt werden wir keine Konkurrenz, sondern eine tolle Ergänzung zu unserem bisherigen Angebot schaffen. Erste Interessenten für das Programm haben sich schon gemeldet.“ Die Fördermittel werden außerdem für ein stärkeres Marketing und zur Unterstützung der digitalen Dellmark eingesetzt.

Auch Landtagsabgeordneter Rainer Deppe gratuliert zum Erfolg: „An diesem Projekt zeigt sich, dass Land und Stadt eng zusammenarbeiten und die Bürger in der Stadt profitieren.“

Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sollen mit diesem bundesweit ersten „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in Nordrhein-Westfalen“ in die Lage versetzt werden, den Corona-bedingten Folgen in unseren Innenstädten und Zentren aktives Handeln entgegenzusetzen. Noch Ende 2020 wurden die ersten rund 40 Millionen Euro bewilligt. Nun werden die Projekte zur Stärkung der Innenstädte von weiteren 91 Kommunen mit 29,3 Millionen Euro unterstützt.



Rainer Deppe

Landtagsabgeordneter für Burscheid, Odenthal, Overath, Kürten, Leichlingen und Wermelskirchen

Kontakt // T 0211 884-2340
rainer@deppe-direkt.de
www.deppe-direkt.de

Großes Sommerfest mit Dr. Norbert Röttgen

Über 300 Mitglieder waren der gemeinsamen Einladung des CDU-Kreisverbandes, der Bergisch Gladbacher und der Odenthaler CDU gefolgt und auf den Reiterhof unseres Mitglieds Peter Lautz gefolgt und haben bei schönstem Wetter ein unterhaltsames Sommerfest erlebt. Der Außenpolitiker Norbert Röttgen war extra aus dem Rhein-Sieg-Kreis gekommen, um Hermann-Josef Tebroke mit einer spannenden geopolitischen Weltreise zu unterstützen. CDU-Mitglied Markus Wißkirchen aus Altenberg sorgte für Speisen und Getränke. Nach der langen Zeit der Pandemie freuten sich die Mitglieder vor allem auch wieder über den persönlichen Austausch.







Festakt mit Innenminister Herbert Reul

75 Jahre Nordrhein-Westfalen

Am 23. August 1946 entstand unter dem Codenamen „Operation Marriage“ durch die britische Militärregierung aus dem nördlichen Teil der preußischen Rheinprovinz sowie dem preußischen Westfalen das Land Nordrhein-Westfalen, welches im Jahre 1949 die Bundesrepublik Deutschland mitgründete, aus dem unser erster Bundeskanzler Konrad Adenauer kam und welches mit Bonn bis zur Wiedervereinigung die Bundeshauptstadt stellte.

Zum 75. Geburtstag lud die CDU Leichlingen in die Scheune der Familie Sesterhenn in Junkersholz ein. Ein Veranstaltungsort, der verdeutlicht, dass NRW nicht nur aus Großstädten besteht, son-

dern auch durch den ländlichen Raum bestimmt ist. Direkt zu Beginn zeigte der Vorsitzende Maurice Winter den 100 anwesenden Gästen auf, dass NRW ein Land der Vielfalt ist. Es hat vieles zu bieten, nicht nur wirtschaftliche Stärke, sondern es ist ebenso ein Bildungs-, Kultur- und Sportland mit zahlreich engagierten Menschen, die unser gesellschaftliches Miteinander maßgeblich prägen.

Innenminister und Festredner Herbert Reul nutzte die Gelegenheit, um neben einem historischen Blick auf Nordrhein-Westfalen, auch seine ganz persönlichen Erlebnisse aus mehreren Jahrzehnten politischem Wirken in und für NRW zu erzählen. So verdeutlichte er wie Norbert Blüm

als Landesvorsitzender die beiden früheren CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe maßgeblich geeint hat. Auch einige Lehren und Anekdoten aus seiner Zusammenarbeit mit Helmut Kohl verriet er an diesem Abend und sorgte damit sowohl für Staunen als auch für das eine oder andere Schmunzeln bei den Teilnehmern.

Rainer Deppe, Stephan Santelmann und Hermann-Josef Tebroke schilderten anschließend in kurzen Worten was Nordrhein-Westfalen ganz persönlich für sie bedeutet und was sie damit verbindet.

Begleitet wurde die Veranstaltung musikalisch von Saxophonisten-Quintett der Musikschule Leichlingen. //Maurice Winter

Neuer Vorstand der CDU Rösrath

Dr. Daniel Schiffbauer folgt auf Birgitta Wasser

Auf der Jahreshauptversammlung der CDU Rösrath wurde Dr. Daniel Schiffbauer zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der 46-jährige Gymnasiallehrer tritt damit die Nachfolge von Birgitta Wasser (58) an, die den Vorsitz seit 2017 innehatte und nicht mehr für den Vorstand kandidierte. Zu den vier stellvertretenden Vorsitzenden wurden Wolfgang Büscher, Dr. Judith Dorff, Dr. Markus Heider und Vera Rilke-Haerst gewählt. Als Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion gehört auch Marc Schönberger dem Parteivorstand an. Als Schatzmei-

ster löst Andreas Müller Fred Puhl ab, der diese Tätigkeit über 26 Jahre innehatte. Puhl wurde von dem rheinisch-bergischen Bundestagsabgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke sowie dem Rösrather CDU-Kreisvorsitzenden Uwe Pakendorf für seine Verdienste mit der Ehrennadel der Bundes-CDU ausgezeichnet. Zu weiteren Mitgliedern mit besonderen Aufgabenbereichen wurden Christoph Jahn (Schriftführer), Gabriele Gemein (Kordinatorin Öffentlichkeitsarbeit) und Jürgen Steinbach (Mitgliederbeauftragter) in den

neuen Vorstand gewählt. Als Beisitzer gehören ihm Wolfhard Gosewisch, Leonard Nielen, Marlene Reichelt-Jablonski und Peter Schöll an. //Gabriele Gemein



Frischer Wind

Junge Union Overath hat sich neu gegründet

Mit einem neuen Vorstand startet die Junge Union in Overath neu durch. 14 junge Menschen zwischen 17 und 25, darunter Schüler, Studenten bis hin zu Berufstätigen wollen die politische Jugendarbeit ihrer Heimatstadt mitgestalten. Neue Vorsitzende ist Duygu Esgi (Bildmitte vorne). Nach der Neugründung wurde mit kleinen Projekten angefangen: Das Aufstellen von Stolpersteinen als Mahnung, sich nicht

dem Populismus hinzugeben, Müllsammelaktionen und jetzt natürlich brandaktuell der Wahlkampf. Dafür wurde ein Werbevideo mit Hermann-Josef Tebroke für seine Kandidatur für den Bundestag gedreht und ein Instagram-Account neu ins Leben gerufen. Aber natürlich wird auch das Gespräch mit Jung und Alt im Wahlkampf gesucht. //Duygu Esgi www.instagram.com/ju_overath



Schöll folgt auf Drümmer in Rös Rath

Senioren-Union wählt neuen Vorstand



Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Senioren Union Rös Rath im Forsbacher Geno-Hotel stand die Neuwahl des Vorstandes der Senioren Union Rös Rath im Mittelpunkt.

Als neuer Vorsitzender wurde der bisherige Schriftführer Peter Schöll gewählt. Als sein Stellvertreter der Kreistagsabgeordnete Achim Müller. Neuer Schriftführer ist Mario Tischhäuser und als langjähriger Schatzmeister wurde Gottfried Heller wieder gewählt, der von einer guten Kassenlage berichtete. Der langjährige stellv. Vorsitzende Paul Kraus, wurde zum Mitgliedsbeauftragten gewählt.

Nach 10 Jahren als Vorsitzender kandidierte Hans-Reinhold Drümmer als Beisitzer, um auch weiterhin seine langjährigen Erfahrungen einzubringen. Als weitere Mitglieder wurden Marlene Andrae, Erhard Büscher, Rolf Ehrhardt, Michael Haehnel, Klara Kuczera und Wolf-Dieter Thorwart gewählt. Alle neu-

en Vorstandsmitglieder bekamen glänzende Wahlergebnisse.

Hans-Reinhold Drümmer wurde von seinem Nachfolger Peter Schöll zum Ehrenvorsitzenden für seine lange, verdienstvolle Arbeit ernannt und mit einer Urkunde vom Bundesvorsitzenden der Senioren Union ausgezeichnet.

Auch Hermann-Josef Tebroke gab die Glückwünsche aus Berlin weiter. Paul Kraus, ein Urgestein der Rös Rath, wurde für seine langjährige Arbeit und die Verdienste mit einer Urkunde ausgezeichnet.

Als Referent konnte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann-Josef Tebroke begrüßt werden, der in seinem Vortrag auf die wichtigen Themen "Familie und Generationen, Klima und Wirtschaftspolitik in Deutschland" einging. Die zahlreichen Mitglieder stellten ihrem Abgeordneten viele Fragen, die zur Zufriedenheit beantwortet wurden. //Achim Müller

Sebastian Ramünke folgt auf Sebastian Wurth bei der CDU Kürten

Der CDU-Gemeindeverband Kürten hat einen neuen Vorsitzenden: Der 26-jährige Sebastian Ramünke wurde mit einem überaus hervorragenden Ergebnis zum Nachfolger von Sebastian Wurth gewählt. Wurth war nach sechs Jahren auf eigenen Wunsch hin nicht erneut angetreten, da er sich stärker beruflichen Belangen widmen muss und sich politisch auf die Arbeit im Kreisvorstand und dem Gemeinderat konzentrieren möchte.

Unsere stellv. Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete Vera Müller aus Kürten dankte Sebastian Wurth für die engagierten und erfolgreichen sechs Jahre als Vorsitzender und wünschte Nachfolger Ramünke viel Erfolg.

Sebastian Ramünke arbeitet nach seinem Studium seit 2017 bei der Gemeinde Kürten.



„Für mich,
für alle!“

#ÄRMELHOCH
JEDE IMPFUNG ZÄHLT



Denn nur die Corona-Schutzimpfung bringt unseren Alltag zurück. Mehr unter corona-schutzimpfung.de oder kostenfrei unter **Info-Tel. 116 117** und **0800 0000837** (English, العربية, Türkçe, Русский) sowie in Gebärdensprache unter www.zusammengegenercorona.de.